

## Kurzinformationen

Vom 11. bis 13. September fand in Düsseldorf das erste Großgruppentreffen der „Initiative Kirche von unten“ (IKvu) statt. In der IKvu, die vor einem Jahr von Teilnehmergruppen des Berliner „Katholikentages von unten“ gegründet wurde, haben sich über 30 Gruppierungen locker zusammengeschlossen, die nach einer eigenen Erklärung „für eine permanente *Erneuerung der Kirche* im Sinne des II. Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode“ ebenso eintreten wie „für das konkret *gesellschaftspolitische Engagement der Kirche*“. Das Spektrum ist weit gespannt, Mitglieder sind z. B. die Arbeitsgemeinschaft der Priester- und Solidaritätsgruppen (AGP), die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentengemeinden (AGG), der Bensberger Kreis, das Komitee zur Verteidigung der Christenrechte, die Leserinitiative Publik-Forum, die Bewegung Christen für den Sozialismus (CfS), die Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) und zahlreiche Basisgemeinden. Die rund 300 Teilnehmer am Düsseldorfer Treffen konnten zwar keine Einigung über den Entwurf einer „Resolution zur Friedensarbeit“ erzielen, in der es u. a. heißt: „Deshalb engagieren wir uns in der Friedensbewegung und fordern die Bundesregierung zur Zurücknahme des Nato-Doppelbeschlusses auf. Deshalb befürworten wir einseitige Vorleistungen auf dem Gebiet der Abrüstung. Deshalb fordern wir den Verzicht auf neue Atomwaffen, die Umrüstung der Streitkräfte zu defensiven Armeen und das Verbot von Rüstungsexporten“. Der Entwurf soll allerdings gemeinsam mit zwei anderen in den Mitgliedsgruppen weiter diskutiert werden. Mit knapper Mehrheit sprachen sich die in Düsseldorf Versammelten für eine Solidarisierung der IKvu mit dem „Krefelder Appell“ (vgl. ds. Heft, S. 490) aus und begrüßten die von der Aktion Sühnezeichen für den 10. Oktober geplante Friedens-Demonstration in Bonn. Eine Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) für den 87. Deutschen Katholikentag, wird vom IKvu gewünscht; angestrebt wird „ein Kontrast ohne direkte Konfrontation“. Voraussetzung dafür sei allerdings, so ein Sprecher der Initiative, daß es „keine Exkommunikation von Gruppen und Personen oder Suspension von Themen“ gibt. Als Schwerpunkte für die Aktivitäten der IKvu während des Katholikentages in Düsseldorf wurden ein *Liturgisches Fest* und die Themenbereiche „Frieden und Abrüstung“ sowie „soziale Frage“ beschlossen.

Die Herbstvollversammlung vom 7. bis 9. September 1981 der Schweizer Bischöfe war vor allem der Aussprache über grundsätzliche theologische und pastorale Fragen gewidmet. Sie befaßte sich eingehend mit dem Memorandum des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes anlässlich des geplanten Papstbesuches (HK, Juli 1981, 325–328) und mit den darin aufgeworfenen theologischen Fragen. Die Bischofskonferenz wird dem Kirchenbundvorstand ein direktes theologisches Gespräch vorschlagen und in einer ersten Antwort auf das Memorandum, die zur Zeit erarbeitet wird, Elemente für das Gespräch über einzelne Punkte des Memorandums beibringen. Im Vordergrund des Gesprächs dürfte, wie Bischof *Pierre Mamie* (Genf – Lausanne – Freiburg) vor der Presse erklärte, die komplexe Frage der *gegenseitigen Anerkennung als Kirchen* stehen. Die Bischofskonferenz befaßte sich sodann mit der *Buße* und der *Bußpraxis*, weil in diesem Bereich immer wieder von den Gläubigen Fragen gestellt würden und deshalb ein neues Lehrschreiben erarbeitet werden soll. Dieses

werde die Lehre über wichtige Fragen des Bußsakramentes und seiner verschiedenen Formen umfassen. Dabei gehe es namentlich darum, ohne die Bußfeier abzuwerten, den unverzichtbaren und eigenen Wert der Einzelbeichte ins Licht zu stellen und argumentativ einsichtig zu machen. In ihrer Aussprache tauschten die Bischöfe auch Erfahrungen und Konzepte zwischen den Sprachregionen aus, namentlich im Bereich der Pastoral der geistlichen und kirchlichen Berufe. Weil in der französischsprachigen Schweiz intensivere Versuche unternommen wurden als in der deutschsprachigen Schweiz und im Bistum Lugano eine *Pastoral der geistlichen Berufe* aufgebaut wird, sei ein Erfahrungsaustausch gerade für die deutschsprachigen Bistümer wertvoll, erklärte Bischof *Otmar Mäder* (St. Gallen) vor der Presse. So könne man voneinander lernen und zu einem gemeinsamen, wenn auch nicht einheitlichen Konzept kommen. Aufgrund der Aussprache und der Ergebnisse des internationalen Kongresses über geistliche Berufe, der vergangenen Mai in Rom stattfand, soll nun ein Projekt für die Pastoral der kirchlichen Berufe vorbereitet werden. Auf der der Vollversammlung folgenden Pressekonferenz wurde schließlich über die Aktion „Solidarische Kirche Schweiz. Finanzinformationen 1981“, die von der Bischofskonferenz, dem *Fastenopfer der Schweizer Katholiken* und der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz gemeinsam durchgeführt werden soll, informiert. Ziel dieser Aktion ist, die Kirchgemeinden über die überdiözesanen Aufgaben und Institutionen zu informieren und sie für deren stärkere Mitfinanzierung zu gewinnen. Heute werden die überdiözesanen Werke und Institutionen zu  $\frac{2}{3}$  vom Fastenopfer und zu  $\frac{1}{3}$  von der Zentralkonferenz (dem schweizerischen Zusammenschluß der öffentlich-rechtlichen Kirchenorganisationen) und von einzelnen Landeskirchen durch Standortbeiträge finanziert. Um das Fastenopfer zu entlasten, wird mit dieser Aktion den Landeskirchen und ihren Kirchgemeinden, bei denen der weitaus größte Teil der Kirchensteuergelder zusammenkommt, vorgeschlagen, einen Franken pro Katholik für die Finanzierung schweizerischer Werke und Institutionen zu erbringen. Wenn die Kirchgemeinden wie bisher 10% ihres Steueraufkommens für kantonale und neu 1% für überkantonale Aufgaben zur Verfügung stellen würden, wäre die Finanzierung der überdiözesanen Aufgaben der römisch-katholischen Kirche in der Schweiz aus dem Kirchensteuerertrag gesichert und das Fastenopfer könnte den gesamten Spendenertrag der Dritten Welt zur Verfügung stellen.

Mit einer letzten Tagung, die vom 25. August bis zum 3. September in Windsor stattfand, hat die Internationale Anglikanisch-Katholische Kommission ihre Arbeit abgeschlossen. Sie hatte seit ihrer Gründung vor zwölf Jahren gemeinsame Erklärungen über die Eucharistie, über Amt und Ordination sowie über die Autorität in der Kirche erarbeitet. Die Arbeit der Kommission galt auf ihren letzten vier Tagungen vor allem der Klärung von *Fragen zum päpstlichen Primat*, die in der Erklärung von 1976 zur Autorität in der Kirche offengeblieben waren. In dem Kommuniké, das zum Abschluß der Tagung in Windsor am 3. September veröffentlicht wurde, wurden *vier Fragen* genannt: Die Interpretation der neutestamentlichen Texte über Petrus, die Bedeutung des Ausdrucks „*ius divinum*“, die päpstliche Unfehlbarkeit und die Art und Weise der dem Bischof von Rom zuerkannten Jurisdiktion. Die zu diesen Fragen erarbeiteten gemeinsamen Ergeb-

nisse sind zusammen mit den früheren Erklärungen Teil des Abschlußdokuments der Anglikanisch-Katholischen Kommission, das zunächst noch nicht veröffentlicht wurde, sondern erst den beiden Kirchen zugeleitet wird. Das Kommuniqué von Windsor stellte fest: „Die Arbeit dieser Kommission ist nun abgeschlossen und ihre Ergebnisse müssen durch die Kirchen der Anglikanischen Gemeinschaft und durch die Römisch-katholische Kirche beurteilt werden. Von diesem Urteil wird abhängen, was als nächster Schritt auf dem Weg zur Einheit unternommen wird.“ Mit der Beendigung der Arbeit der Kommission hätten die Bemühungen um die anglikanisch-katholische Einheit eine neue Phase erreicht. Der katholische Kommissionsvorsitzende, Bischof *Alan Clark* von East Anglia, hatte anlässlich einer ökumenischen Vortragsreihe dieses Frühjahr in Westminster Abbey erklärt, daß eine ausreichende Übereinstimmung in Glaubensfragen bestehe, um die beiden Kirchen wieder zu vereinigen. Im letzten Herbst hatte *Johannes Paul II.*, der nach einer vor dem Attentat vom 13. Mai getroffenen Vereinbarung im Frühjahr 1982 eine Reise nach England und Schottland plante, bei einer Audienz für die Mitglieder der Internationalen Anglikanisch-Katholischen Kommission erklärt, der zu erwartende Abschlußbericht werde „mit der ganzen Sorgfalt und wohlwollenden Aufmerksamkeit, die er verdient“, aufgenommen werden. Die Arbeit der Kommission erinnere daran, daß das gemeinsame Zeugnis der Christen die Frucht von Gebet und harter Arbeit sei, von Aufrichtigkeit wie von der Bereitschaft, die Wahrheit in Liebe auszusprechen. Ähnlich positiv äußerte sich auch der Erzbischof von Canterbury, *Robert Runcie*, der in Durham kürzlich vom „erstaunlichen Fortschritt“ zwischen Katholiken und Anglikanern in den letzten zwölf Jahren sprach.

**Die von Präsident Anwar-as-Sadat als Präventivschlag gegen eine angebliche „große Verschwörung“ durchgeführte und gerechtfertigte politische Säuberung in Ägypten**, die nicht nur zur Verhaftung radikaler Muslime fundamentalistischer Ausrichtung, sondern auch von Angehörigen linksradikaler wie auch dem Regime gegenüber loyaler Oppositioneller führte, hat beträchtliche Auswirkungen für die *koptische Minderheit* des Landes. Unter den ca. 1500 Verhafteten befinden sich nicht nur zahlreiche Angehörige der radikalen Muslim-Bruderschaften und eine Reihe oppositioneller Politiker, Intellektueller und Journalisten, darunter auch der frühere Sadat-Vertraute Hassanein Heikal, sondern etwa 150 Kleriker und Laien der koptischen Kirche, darunter auch zwei Bischöfe. Am meisten Aufsehen erregte jedoch der *Entzug der staatlichen Anerkennung für den koptischen Patriarchen Schenuda III.* durch den ägyptischen Staatspräsidenten. Der jetzigen „Absetzung“ gingen zwar nicht nur wiederholte, teils blutige Auseinandersetzungen zwischen radikalen Muslimen und Angehörigen der koptischen Kirche voraus. Es gab auch schon wiederholt direkte öffentliche Zusammenstöße zwischen dem christlichen Patriarchen und dem westlich denkenden Staatspräsidenten. Schenuda III., der nicht nur innerhalb seiner Kirche als Prediger und Kirchenführer hohes Ansehen genießt, sondern auch zu den ökumenisch aktivsten Persönlichkeiten des Nahen Ostens gehört, hatte es verstanden, den Gläubigen seiner Kirche angesichts wiederholter *Übergriffe seitens radikaler Muslime* das nötige Selbstvertrauen zu vermitteln. Die Folge war allerdings auch eine teilweise Radikalisierung unter den Kopten selbst. Die jetzige Maßnahme galt wohl dennoch weniger den Kopten direkt, denn diese unterstützen im wesentlichen die politische Linie Sadats, vor allem – im Gegensatz zu den radikalen Muslimen – seine Außenpolitik, und wandten sich in erster Linie nur gegen die Benachteiligung innerhalb der ägyptischen Gesellschaft und durch

die Gesetzgebung des Landes, die nicht zuletzt unter dem Druck fundamentalistisch denkender Muslime stärker islamische Züge anzunehmen begann. Erstes Ziel Sadats war es offenbar, den Widerstand der Muslim-Bruderschaften zu brechen und zugleich alle anderen Oppositionsgruppen, die sich mehr und mehr zu Wort meldeten, mundtot zu machen. Das erforderte innerhalb ägyptischer Staatsräson ein paralleles Vorgehen auch gegen die Verantwortlichen der koptischen Gemeinschaft. Patriarch Schenuda selbst wollte den Konflikt offenbar nicht auf die Spitze treiben und hat seine Verbannung in das Kloster Wadi Nartrun, nordwestlich von Kairo, in dem er früher als Mönch gelebt hat, vorerst hingenommen. Das von Sadat eingesetzte Gremium von fünf bischöflichen Verwesern hat laut Äußerung eines seiner Mitglieder, des Bischofs Samuel, die Anordnungen des Präsidenten akzeptiert. Allerdings hält die Kirche an Schenuda als ihrem geistlichen Oberhaupt fest. An die Ernennung eines Nachfolgers wird nicht gedacht. – Interessant ist ein Aufruf des Patriarchen *Stefanos I. Sidarus*, des Oberhauptes der mit Rom unierten Kopten, in dem dieser an alle Ägypter, Christen wie Muslime, ganz im Sinne Sadats die Warnung richtete, sich in ihrer nationalen Einheit nicht durch „Machinationen aus dem feindlichen Ausland stören zu lassen“.

**Mit den Überschneidungen christlicher und muslimischer Mission in Nordwestafrika setzte sich der Bischof von Yagoua (Kamerun), Christian W. Tumi, in einem Hirtenbrief auseinander**, der vom 2. April datiert ist, uns aber erst in den letzten Wochen im Wortlaut zugänglich wurde (vgl. Weltkirche, 5–6/1981). Berichte über das *Wachstum des Islam* in Afrika mehren sich seit einiger Zeit. Dabei gerät das Christentum häufig in eine Konkurrenzsituation mit dem Islam, was zur Verhärtung des gegenseitigen Verhältnisses beiträgt (vgl. HK, Juni 1981, S. 299 ff.). Ein Beispiel dafür ist das nördliche Kamerun, das dem nach Süden drängenden Islam aus dem Tschad voll ausgesetzt ist. Bischof Tumi, seit eineinhalb Jahren Oberhirte eines Bistums im Norden Kameruns, nimmt in seinem Hirtenbrief dazu Stellung, daß „aus Furcht oder von materiellen Vorteilen angelockt“ Christen und Katechumenen zum Islam konvertieren. Eines der Argumente, mit denen zum Übertritt geworben werde, sei die Behauptung, „daß der christliche Glaube eine Sache der Weißen“ sei. Aber, so der Bischof, „sagen wir lieber, der christliche Glaube ist auch eine Sache der Weißen ... Dieses erlösende Wort ist an die ganze Welt gerichtet.“ Ein weiteres Argument der „falschen Propheten“ sei die Unterstellung, daß nur ein Moslem ein echter Kameruner sein könne. Aber „im Gegenteil“, so Tumi, „unser Glaube macht uns zu besseren Bürgern, dienstbereiter an unseren Brüdern und an unserem Land.“ Bischof Tumi zitiert aus der Predigt, die der Erzbischof von Yaoundé, Mgr. *Jean Zoa*, anlässlich seiner Einsetzung als Bischof von Yagoua hielt und in der er auf „die neue Vision vom Menschen und der Gesellschaft“ hinwies, die „dank einer neuen Wertskala, welche die Würde des Menschen hervorhebt“, mit dem Evangelium verbreitet werde. Schließlich erinnert Tumi daran, daß in Kamerun die *Religionsfreiheit* durch die Verfassung garantiert sei. „Eine solche Freiheit schließt die Anwendung von Gewalt, Zwang oder Nötigung dem einzelnen gegenüber aus, sei es, um ihn zur Annahme einer gegebenen Religion zu veranlassen, sei es, um ihn zur Aufgabe seiner religiösen Überzeugung zu drängen.“ Auch die *religiöse Neutralität des Staates* sei in der Verfassung verankert, und „wenn ein Verwalter oder Beamter seine Vollmachten zur Verbreitung der Religion benützt, der er zugehört“, so sei dies gesetzeswidrig. Die Gläubigen forderte Bischof Tumi auf, sich ihres Glaubens nicht zu schämen, denn „Christus ist auch Kameruner, weil er überall in der Welt gegenwärtig ist.“